
WAHLPROGRAMM FÜR BAD SODEN

**Transparenz, Teilhabe,
Integration**

Politikwechsel für Bad Soden

Wahlprogramm der B90/Grünen OV Bad Soden

für die Kommunalwahl

am 6. März 2016

Inhalt

1. Umweltpolitik in Bad Soden	5
1.1 Keine Ausweisung neuer Baugebiete, Erhaltung von Freiflächen	5
1.2 Ein nachhaltiges Baumanagement:	5
1.3 Energieeffizientes Bauen und klimafreundliche, effektive Energienutzung:	6
1.4 Die Vermeidung von Abwasser und Müll	6
1.5 Schonung und Erhalt der natürlichen Ressourcen	7
2. Mobilität.....	7
2.1 Alternativen zum Autoverkehr fördern	7
2.2 Reduzierung und Vermeidung von Lärm und Abgasen	8
3. Zukunftsfähiges, transparentes Wirtschaften	8
3.1 Wirtschaftlichkeit	8
3.2 Nachhaltige Finanzen	9
3.3 Transparente Finanzen.....	9
4. Die Kommune im internationalen Umfeld.....	10
4.1 Nachhaltige Beschaffung: Wir leben in der Einen Welt	11
4.2 Negative Auswirkungen von TTIP auf kommunaler Ebene verhindern	11
5. Teilhabe und Integration.....	12
5.1 Soziale Gerechtigkeit.....	12
5.2 Bürgerbeteiligung.....	13
5.3 Trägerschaft bei Sozialeinrichtungen.....	13
5.4 Genderpolitik.....	14
6. Stadtentwicklung	14
6.1 Infrastruktur-Entwicklung	14
6.2 Jugendgerechtes Bad Soden.....	15
6.3 Senior*innengerechtes Bad Soden.....	15
6.4 Öffentliche Sicherheit.....	16
6.5 Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement.....	16
6.6 Flüchtlinge und Asyl.....	16
6.7 Kultur.....	17
6.8 Stadtmarketing.....	18

Anmerkung:

In diesem Wahlprogramm wird die geschlechtsneutrale Notation mit * verwendet, um alle Menschen unabhängig ihrer Präferenzen anzusprechen.

Kontakt und V.i.S.d.P.:

Waltraud Krebsbach-Hess

Unterer Schellberg 23

65812 Bad Soden

W.Krebsbach-Hess@Gruene-Bad-Soden.de

Grüne Ziele für Bad Soden

Jeder Mensch ist anders, lebt anders – und das ist auch gut so. Wenn Individualität gelebt werden kann, das Zusammenleben gut gelingt, herrscht sozialer Friede. Vieles zum Erhalt dieses Friedens regeln die Menschen in Bad Soden unter sich. Einiges aber muss politisch beschlossen werden, um sozialen und ökologischen Ausgleich zu fördern und damit den sozialen Frieden zu erhalten.

1. Umweltpolitik in Bad Soden

Unser Handeln darf nicht uns und die nächsten Generationen gefährden. Vorsorgender Umweltschutz genießt deshalb vernünftigerweise einen hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft. Effiziente Maßnahmen zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen sind wesentliche Faktoren zur Entwicklung und Sicherung von Lebensqualität und Attraktivität unserer Stadt.

Umwelt, Bauen und Naturschutz ist für uns Grüne deshalb ein grundlegendes Thema und kann nicht mehr als ein einzelnes Thema gesehen werden, da es in viele Bereiche einer Kommune hineinspielt. Daher haben wir es konsequent in alle Bereiche dieses Wahlprogramms eingearbeitet. Aber es gibt noch einige Punkte, die wir gesondert aufgreifen wollen.

Umweltschutzmaßnahmen müssen in den Kommunen verstärkt durch die Festsetzungsmöglichkeiten im Bebauungsplan verankert werden.

Wir wollen deshalb

1.1 Keine Ausweisung neuer Baugebiete, Erhaltung von Freiflächen

- Bad Soden steht bereits an zweiter Stelle der Besiedlungsdichte im Main-Taunus-Kreis. Durch ein **zu schnelles Anwachsen der Baugebiete** können die Sozial- und Infrastruktur nicht mitwachsen. Eine Bebauung von Sinai I und II beeinträchtigt die Frischluftschneisen und damit das Stadtklima. Die Erschließung neuer Flächen hat also sozial wie ökologisch negative Auswirkungen und senkt die Lebensqualität.
- Zur Verbesserung des Stadtklimas sind deshalb **weitere Grünflächen und ökologische Vernetzungen** als Naherholungsflächen in Wohnnähe zu schaffen. Mit der Begründung, bestehende Baugebiete abrunden zu müssen, werden diese stattdessen immer weiter ausgeweitet. Wir wollen derartige „**Arrondierungen**“ **verhindern**, da es im Ort bereits ausreichend ausgewiesenes, noch nicht bebautes Gelände für Gewerbe und Wohnbebauung gibt und eine weitere Ausweitung der Bauflächen unnötig ist. Wir sind allenfalls für eine behutsame Verdichtung und Entwicklung bestehender Baugebiete. Dafür wäre die Aufstellung eines Baulückenkatasters für ganz Bad Soden hilfreich.

1.2 Ein nachhaltiges Baumanagement

- die Beteiligung und ein **Mitspracherecht der Anwohner*innen** bei der Gestaltung ihrer Wohngebiete bereits vor der Planfeststellung,
- den Beitritt zur Regionalpark GmbH mit dem Ziel, auch in Bad Soden großflächige **Erholungsgebiete** zu schaffen,
- eine **Stadtplanung**, die zukunftsorientiert ist und auch die langfristigen Folgen von Veränderungen der Einwohnerzahlen in der Bebauung berücksichtigt.

1.3 Energieeffizientes Bauen und klimafreundliche, effektive Energienutzung

- Der Energieverbrauch der Stadtverwaltung und ihrer Betriebe soll so niedrig wie möglich gehalten werden. Dafür muss ein **kommunales Energiemanagement** etabliert werden, um Energieeinsparpotentiale aufzuspüren und zu nutzen.
- Die Nutzung **umweltfreundlicher Energie** soll gefördert werden. Hierzu liefert das Energieberatungszentrum Main-Taunus nützliche Informationen, bei dem die Stadt auf unsere Initiative Mitglied ist.
- Wir fordern, dass in jedem öffentlichen Gebäude bei Erneuerung der Heizungssysteme eine **solarthermische Unterstützung** eingebaut wird.
- Ebenso sollten auf dafür geeigneten kommunalen Dächern **Photovoltaikanlagen** zur Stromgewinnung installiert werden. Wir setzen uns auch für die Schaffung einer Bürgersolaranlage ein. Die Einrichtung von Solardächern, die durch Anteile von Bürger*innen finanziert wird, bringt Vorteile für alle. Bürger*innen wird die Möglichkeit einer gewinnbringenden Geldanlage eingeräumt, und die Gemeinde leistet einen Beitrag zur ökologischen Energiegewinnung. Öffentliche Gebäude müssen für die Eignung eines solchen Projekts geprüft werden.
- Öffentliche Gebäude dürfen nur noch unter Einbeziehung modernster Erkenntnisse in ökologischer Bauweise errichtet werden; **Passivhäuser** müssen aktueller Standard für kommunale Neubauten sein. An dafür geeigneten Standorten favorisieren wir die Nutzung von Geothermie.
- Wo dies machbar ist, soll darüber hinaus ein **Aktivhausstandard**, bei dem die Gebäude über Kraft-Wärmekopplungen oder Solaranlagen selbst Energie erzeugen, in den Bebauungsplänen festgeschrieben werden und bei Neubauten zum Tragen kommen.

1.4 Die Vermeidung von Abwasser und Müll

- Das Regenwasser soll nicht nur in Zisternen aufgefangen, sondern auch als **Brauchwasser** wiederverwendet werden. Dies sollte in der Bausatzung festgeschrieben werden.
- In Bad Soden die **Hochwassergefahr verringern**: Für das Auffangen von Hochwasserspitzen sollen bei Neuinstallationen nur noch solche Zisternen verwendet werden, die einen Ablauf bei 50% des Volumens haben, so dass die restlichen 50% plötzliche Regenfälle zurückhalten können.
- Um die Abfallmengen zu verringern, ist die Beratung der Bürger*innen unverzichtbar. Der immens steigende Verbrauch an Frischfaserpapier, der vor allem die Wälder außerhalb Deutschlands bedroht, muss zurückgefahren werden: Wo immer möglich, ist **Recyclingpapier** zu verwenden, besonders in der Stadtverwaltung.
- Die **Vermeidung von Müll** soll statt einer Abfuhr von Müll erleichtert werden. Seit „Müll“ als Rohstoff die Grundlage für Unternehmen im Bereich von Müllentsorgung und Müllverbrennung lukrativ wurde, spricht keiner mehr über die Verringerung der Abfallmengen. Wir wollen das ändern! Auch bei Veranstaltungen in der Stadt sollen ausschließlich kompostierbares Geschirr oder Mehrwegmaterialien verwendet werden.

1.5 Schonung und Erhalt der natürlichen Ressourcen

- Auf kommunalen Flächen wollen wir auf den Einsatz von **Herbiziden und Pestiziden verzichten**. Grünflächen sollen verstärkt als Bienenweiden dienen.
- Wir treten für den Erhalt der **Streuobstwiesen** ein. Die Kataster sollen u.a. genutzt werden, um regelmäßig den Bestand zu kontrollieren.
- Im Kommunalwald soll zu Gunsten der Erholung und der Naturvielfalt auf mindestens 5 % der Flächen auf eine Bewirtschaftung verzichtet werden. Die **Zertifizierung nach FSC** (*Forest Stewardship Council*) streben wir für den Kommunalwald an.
- Die Gewässer sind für den nachhaltigen Hochwasserschutz ebenso wichtig wie für den Erhalt der Artenvielfalt. Leider sind nicht alle Bäche in einem natürlichen Zustand. Wir werden uns dafür einsetzen, dass unsere Gewässer wieder strukturreicher werden und gemäß den Vorgaben der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) „einen guten Zustand“ erreichen. Grundlage hierfür ist die Erarbeitung von Umwelt- und Bewirtschaftungszielen der Gewässer sowie deren Umsetzung durch ein **Kommunales Gewässerentwicklungskonzept**.

2. Mobilität

Ziel ist eine lebendige Stadt, in der alle Verkehrsteilnehmer*innen gleichberechtigt sind.

2.1 Alternativen zum Autoverkehr fördern

Wir treten besonders für Alternativen zum Individualverkehr per Auto ein. Wir Grüne möchten den Nutzer*innen von öffentlichem Nahverkehr, Fußgänger*innen und Rad fahrenden Menschen mehr Unterstützung im öffentlichen Raum unserer Stadt bieten und so Anreize schaffen, das Auto stehen zu lassen.

Wir stehen für

- eine verbesserte Anbindung aller Ortsteile durch den **Busverkehr** an den S-Bahnhof. Altenhain muss wieder die schnellstmögliche, direkte Anbindung zur S-Bahn bekommen, um seine Attraktivität zu erhalten
- mehr **Sicherheit und Raum für Fußgänger*innen** und Radfahrer*innen durch vielfältige Maßnahmen, wie eine Tempo-30 Zone in ganz Bad Soden
- regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen durch mobile und/oder stationäre Blitzanlagen
- Sicherheitsbereiche vor Kindertagesstätten, Schulen und Altenheimen
- ausreichend breite und ebene Gehwege für Kinderwagen und Rollstühle
- fußgängerfreundliche Grünphasen an Ampeln
- eine Änderung der Verkehrsführung in der Altstadt hin zu einer echten Fußgängerzone, in der Passanten ohne Beeinträchtigung durch Autoverkehr unterwegs sein können.
- einen kostenfreien Stadtbus
- den Ausbau des Radwegenetzes in Zusammenarbeit mit dem MTK und dem ADFC
- einen Fahrradschutzstreifen an allen Hauptstraßen
- die Freigabe aller Einbahnstraßen für Radfahrer, moderne Fahrradabstellanlagen an öffentlichen Plätzen, etwa dem Adlerplatz oder am Kurpark
- kinderwagen- und behindertengerechten Umbau aller öffentlichen Plätze und Einrichtungen

- das Aufstellen einer ausreichenden Anzahl von Sitzbänken auch außerhalb von Parks
- die Förderung der Attraktivität des Fahrradverkehrs durch geeignete Projekte, wie „*Bike and Business*“, Stadtradeln oder eine Kampagne mit dem Einzelhandel

2.2 Reduzierung und Vermeidung von Lärm und Abgasen

Bad Soden ist schon lange nicht mehr Luftkurort: Die Luftqualität ist deutlich schlechter geworden. Dies muss sich wieder ändern!

- Wir wollen die Einführung einer **Umweltzone** in Bad Soden.
- Alle Fahrzeuge in städtischem Besitz müssen, sofern sie durch Diesel betrieben werden, einen **Rußfilter** besitzen. Der städtische Fuhrpark und Fahrzeuge im städtischen Auftrag (Müllfahrzeuge, Busse, ...) müssen bei Neuanschaffungen aus wirtschaftlicher und ökologischer Sicht sukzessive auf Gasbetrieb und **Elektroantrieb** umgestellt werden.
- Die Nutzung von lärmintensiven Geräten der Stadtverwaltung (z.B. Laubbläser) soll auf **lärmgedämmte Geräte**, etwa Akku-betriebene Elektrogeräte, umgestellt werden. Hierzu liegen schon umfangreiche Erfahrungen in den Nachbargemeinden vor.

3. Zukunftsfähiges, transparentes Wirtschaften

Solides und nachhaltiges Wirtschaften in der Kommune

Wir wollen Bad Sodens wirtschaftliche Entwicklung voranbringen. Dabei geht es nicht nur um notwendige Einsparungen, sondern auch langfristig um Effizienz der eingesetzten Mittel und verbesserte Einnahmen. Eine rationale, zukunftsfähige kommunale Finanzpolitik lässt sich angesichts leerer Kassen und 30 Mill. € Schulden mit drei sich ergänzenden Stichworten beschreiben: Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit und Transparenz.

3.1 Wirtschaftlichkeit

Zuallererst ist es wichtig, mit unserem städtischen Vermögen sparsam umzugehen. Vor dem Hintergrund des kommunalen Schuldenbergs müssen neue, große Investitionen zunächst immer auf den Prüfstand der Finanzierbarkeit gestellt, mit Augenmaß betrachtet und während ihrer Durchführung professionell überwacht werden.

- **Investitionen** dürfen über Kredite nur dann abgewickelt werden, wenn sie gesetzlich verpflichtend sind (Abwasserleitungen, Wasserversorgung, notwendige Sanierungen zur Werterhaltung).
- Für die Überwachung von **öffentlichen Bauprojekten** ist eine Datenbank von ähnlichen Projekten mit allen Daten und Kosten notwendig. Eine effektive Baukostenkontrolle, wie sie in Bad Soden seit Jahren vernachlässigt wird, besteht nicht nur aus einer externen Kostenkontrolle, sondern verlangt bereits bei der Planung einen Vergleich mit bereits durchgeführten Bauprojekten. Kann ein Architekturbüro dies nicht nachweisen, sollte es nicht ausgewählt werden.
- Wir stehen für eine sparsame und sinnvolle Verwendung der Steuergelder. Gewohnheitsrechte müssen kritisch überprüft werden. Alle **Serviceleistungen müssen bewertet** werden: Was kosten sie der Stadt und was kosten diese Leistungen in anderen Kommunen? Dabei sollen kommunale Einrichtungen **zusammen mit Nachbargemeinden** betrieben werden, wenn dies wirtschaftlicher ist (z.B. bei der Vorhaltung des Bauhofs, bei der EDV, etc.).

3.2 Nachhaltige Finanzen

Eine sparsame Verwendung von Steuermitteln ist selbstverständlich. Eine nachhaltige Finanzwirtschaft muss aber darüber hinausgehen und bereits jetzt Maßnahmen ergreifen und Entwicklungen einleiten, um zukünftige Anforderungen an den Haushalt abzufangen.

Konkret bedeutet dies:

- Wesentliche Voraussetzung für ein attraktives Gewerbegebiet ist die **Infrastruktur**. Hier muss Bad Soden initiativ werden, um unabhängig von den Ausbauplänen der Telekom bei allen kommunalen Bauprojekten schnelle Datenverbindungen bereitzustellen. Nur durch eine langfristig geplante, durchgängige Glasfaserverkabelung können wir mittelständische Firmen mit hohem Datenaufkommen, wie etwa Architekturbüros, Werbefirmen und Multi-Media-Produzenten („Kreativwirtschaft“) in unsere Stadt ziehen.
- **Entscheidungen für Investitionen** müssen nach folgendem Grundsatz getroffen werden: Alle Anschaffungen und Baumaßnahmen dürfen nicht allein nach dem Kaufpreis beurteilt werden („Das können wir uns heute leisten“), sondern auch nach den Folgekosten. Beispielsweise verursachen neue Sportstätten auch Wartungs- und Unterhaltskosten. Dieses Geld ist damit für die nächsten Jahre nicht mehr für anderes verfügbar und muss deshalb bei der Abstimmung über die Bauprojekte im Voraus genannt werden.
- Für die nachhaltige Verwaltung der **gemeindeeigenen Gebäude und Liegenschaften** muss eine Investitionsplanung („Facility Management“) vorliegen: Welche Reparaturkosten sind zu erwarten, wann müssen Erhaltungsinvestitionen getätigt werden, wann muss neu gebaut werden? Nur so kann festgestellt werden, wann und in welchem Umfang ein Gebäude erneuert werden muss und wie viel Geld dafür benötigt wird.
- Es ist bekannt, dass Investitionen zur **Senkung von Heizkosten** auch im kommunalen Bereich langfristig Geld sparen. Für kommunale Bauten sollte deshalb der Passivhausstandard Mindeststandard sein; besser wäre ein Aktivhausstandard, bei dem die Gebäude über Kraft-Wärmekopplung oder Solaranlagen selbst Energie erzeugen.
- Auch über einen **niedrigeren Stromverbrauch** lässt sich Geld sparen. Der Vertrag zur Stadtbeleuchtung mit der Süwag ist unvorteilhaft für die Stadt abgeschlossen: Er gibt nicht nur die Entscheidung aus der Hand, wann und mit welchem Standard die Straßenlampen (Leuchtkörper) ausgewechselt werden, sondern legt auch noch die Zahlung aus einem stadt-eigenen Fonds fest. Die Umstellung auf neueste Power-LED-Technik, die entscheidend weniger Strom verbraucht, liegt in der Hand der Lieferanten, die den Strom verkaufen – hier liegt eine Interessenskollision vor, die wir vermeiden müssen.
- Viele Kosten, die auf Bad Soden zukommen, können für die Zukunft abgeschätzt werden: Bei bekannter Anzahl von Säuglingen kann man den **Krippen-, Kindergarten- und Schul-klassenbedarf** für die nächsten Jahre relativ gut vorhersagen.

Bad Soden benötigt eine nachhaltige, an den zukünftigen, vorhersehbaren Bedürfnissen ausgerichtete Finanzverwaltung. Nachhaltigkeit vermeidet kurzfristige und damit teure Fehlinvestitionen.

3.3 Transparente Finanzen

Für eine Beteiligung der Bürger*innen an den wichtigen Entscheidungen in Bad Soden ist eine transparente Politik unabdingbare Voraussetzung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in allen Stadtteilen seitens der Verwaltung kontinuierlich über künftige Planungen berichtet wird. Diese Berichte sind aber nur nachvollziehbar, wenn man als Bürger*in vorher und nachher genügend Informationen erhält. Das Handeln der Stadtverwaltung und der Politik muss transparent sein.

- Wir streben deshalb an, einen **kommunalen Bürgerhaushalt** aufzustellen, der die Finanzen der Stadt offen darstellt und eine Diskussion in der Bürgerschaft über konkrete Investi-

tionen ermöglicht. Dazu ist nicht nur die Aufstellung aller späteren Unterhaltsverpflichtungen nötig (Nachhaltigkeit), sondern auch eine Aufstellung aller für Bewertung und Management nötigen kommunalen Daten.

- Obwohl das städtische Haushaltssystem von der althergebrachten Kameralistik auf Doppik umgestellt wurde, bleiben viele Ausgaben undurchschaubar. Bei dem **Produktbuch**, das diesem Umstand abhelfen sollte, wurde vorher kein Vergleich mit bestehenden Produktbüchern anderer Kommunen angestellt: Unser Produktbuch hat kaum Kennzahlen, an denen ein Bürger die Leistungen und die Entwicklung der kommunalen Verwaltung beurteilen kann und ist deshalb ungeeignet, Transparenz bei den Kosten zu schaffen. Hier werden wir stärker Druck machen, dass endlich für jede*n lesbare Haushaltsentwürfe entstehen.
- Bad Soden hat in den letzten Jahren bei Großprojekten (Bürgerhaus, Freibad, etc.) wesentlich mehr für **Bauprojekte** bezahlt, als dies vorgesehen und vom Stadtparlament beschlossen wurde. Wichtig ist es deshalb, die Auftragsvergabe der Gemeinden und der städtischen Gesellschaften so transparent wie möglich zu gestalten.
- Gerade im kommunalen Bereich müssen wir auch dafür sorgen, dass **Korruption** bei Bad Sodener Bauprojekten keine Chance hat. Dies beinhaltet behördeninterne Maßnahmen wie eine regelmäßige **Umsetzung** bzw. **Wechsel der Verantwortung** der mit Auftragsvergaben befassten Mitarbeiter*innen und geht bis zum Einholen von sanktionsbewehrten **Verpflichtungserklärungen** von Auftragnehmer*innen, jegliche unlauteren Maßnahmen zu unterlassen (sog. „Integritätspakt“).

Eine der effizientesten Möglichkeiten, Korruption zu verhindern, besteht darin, konsequent Öffentlichkeit und **finanzielle Transparenz** zu schaffen. Daher fordern wir, oberhalb von je nach Bereich zu bestimmenden Bagatellgrenzen für alle städtischen Auftragserteilungen genaue Informationen im Internet zu veröffentlichen über:

- eine genaue Beschreibung der Aufträge bzw. Projektideen,
- Darstellung der maßgeblichen Entscheidungskriterien,
- eine Liste aller Anbieterfirmen mit deren Preisen,
- Angabe des Anbieters, dessen Angebot angenommen wurde.

Bei längerfristig laufenden Beauftragungen (Baumaßnahmen, ...) sind nach Abschluss der Maßnahme Preissteigerungen gegenüber der ursprünglichen Auftragsvergabe im Internet genau zu veröffentlichen und zu begründen.

Auch wenn dies auf den ersten Blick kompliziert wirken mag, rechtfertigt dieses öffentliche Verfahren einen evtl. zunächst anfallenden Mehraufwand, da hierdurch mittelfristig Kosten eingespart werden. Für die beschriebenen Maßnahmen gibt es entsprechende Konzepte, die insbesondere von *Transparency International* Deutschland e.V. entwickelt wurden.

4. Die Kommune im internationalen Umfeld

Unsere Stadt ist international. Hier leben Menschen aus der gesamten Welt. Sie bringen Herausforderungen und Potentiale mit. Dazu gehört auch ihre Geschichte, die sie zu Brückenbauern zwischen ihrer alten und ihrer neuen Heimat macht. Bereits jetzt helfen diese Menschen weltweit vielen Kommunen beim Aufbau internationaler Städtenetzwerke, von denen alle profitieren. Wir wollen diese Potentiale für unsere Stadt nutzen, um einen Beitrag zu leisten zur besseren Verständigung der Kulturen und für die Förderung der Menschenrechte.

4.1 Nachhaltige Beschaffung: Wir leben in der Einen Welt

Bad Soden möchte „*fair trade*-Stadt“ werden und hat deshalb im Mai 2015 einen Prozess dazu begonnen. Wir begrüßen das, denken aber, es muss noch mehr geschehen: auch die Stadt selber sollte nachhaltig handeln.

Nachhaltige Beschaffung heißt, soziale, ökologische und ökonomische Standards zu berücksichtigen – lokal und global. Kommunen können durch die Integration von Nachhaltigkeitskriterien in ihre Beschaffungsstrategien einen wichtigen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung leisten. Auf Bundesebene wurde 2009, auf Landesebene 2015 ein Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts verabschiedet, das die Grundlage bildet, die Beschaffungsrichtlinien öffentlicher Institutionen dementsprechend zu ändern.

Wir setzen uns dafür ein, diese Kriterien bei den öffentlichen Beschaffungen auch in Bad Soden stärker verbindlich zu berücksichtigen.

- Bei den **sozialen Kriterien** geht es darum, Verantwortung für Produktionsprozesse zu übernehmen und insbesondere den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zu folgen, um den Arbeiter*innen eine menschenwürdige Beschäftigung zu ermöglichen. Für Bad Soden ist es wichtig, bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen neben den reinen Preisen auch Kriterien wie Tariftreue, soziale und ökologische Kriterien zu beachten. Firmen, die sich nicht an Mindeststandards halten und etwa Arbeiter*innen unter Mindestlohn beschäftigen, dürfen nicht durch öffentliche Aufträge gefördert werden.
- Neben dem Verbot von ausbeuterischer Kinderarbeit gehören **Arbeitsschutzmaßnahmen** dazu, etwa der Schutz der Arbeiter*innen vor Spritzmitteln. Dies ist ein Problem, das verbreitet in der Produktion von Blumen oder landwirtschaftlichen Produkten auftaucht, aber auch in der Textilherstellung eine Rolle spielt. Kommunen können auch Firmen, die z.B. Pflastersteine verwenden, die im Ausland mit Kinderarbeit hergestellt sind, bei den Angeboten übergehen. Oder sie kaufen für ihre städtischen Bediensteten (Feuerwehr, Bauhof, ...) nur Berufskleidung, die nachweislich nicht durch Verletzung der Kernarbeitsnormen der ILO hergestellt sind.
- Waren aus **Anbau und Produktion der Region** unterstützen den Erhalt von Wirtschaftskreisläufen und die Wertschöpfung am Ort. Bei der Beschaffung sollte deshalb die regionale Komponente im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten geprüft werden.
- Berücksichtigt werden sollen – soweit rechtlich möglich und nach sozialen Kriterien sinnvoll – insbesondere **fair gehandelte Produkte**, was bedeutet, dass die Erzeuger*innen mehr Geld für ihre Produkte erhalten als bei herkömmlich gehandelten. Fair gehandelte Produkte sind u.a. Kaffee, Kakao/Schokolade, Tee oder Obst (z.B. Bananen) und Blumen. Die Stadt Bad Soden sollte innerhalb ihrer Verwaltung und bei Veranstaltungen solche fair gehandelten Produkte verwenden.

Diese Art der nachhaltigen Beschaffung macht auch ökonomisch Sinn, denn die so gekauften Produkte sind länger haltbar, haben eine bessere Umweltverträglichkeit und geben auch den Menschen im „globalen Dorf Erde“ eine Chance.

Wir werden darauf hinwirken, dass die Stadt Bad Soden sowohl soziale als auch ökologische Standards in ihrem Beschaffungswesen einführt.

4.2 Negative Auswirkungen von TTIP auf kommunaler Ebene verhindern

Wir Grüne sind gegen das TTIP Abkommen, das derzeit zwischen der EU und den USA verhandelt wird. Es wird auch negative Auswirkungen auf Kommunen haben. Beispiele sind die öffentliche Daseinsvorsorge und die Mietpreisbremse:

- Die öffentliche Daseinsvorsorge müssen wir schützen: Die Bürger*innen und demokratischen Institutionen sollten über die Erbringung öffentlicher Leistungen entscheiden können. Einen Zwang zur internationalen Ausschreibung und zur Privatisierung darf es nicht geben.
- Den politischen Gestaltungsmöglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt wollen wir sichern: Die Mietpreisbremse ist in angespannten Wohnlagen sehr wichtig. Sie darf nicht durch TTIP und CETA wieder einkassiert werden.

Kein Einfluss? Doch! Kommunen können sich wehren:

- Wir setzen uns ausdrücklich dafür ein, die Kommunale Selbstverwaltung zu schützen und zu stärken und wollen deshalb „TTIP-freie Kommune“ werden.
- In den kommunalen Gremien wollen wir uns ebenfalls gegen den Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge und weitere negative Folgen der Handelsabkommen wehren.
- Wir unterstützen entsprechende Initiativen des Städte- und Gemeindebunds und setzen uns bei der EU-Kommission und der Bundesregierung dafür ein, die kommunale Daseinsvorsorge aus den Freihandelsgesprächen auszuklammern.

5. Teilhabe und Integration

Eine lebendige, lebenswerte Stadt ist nur möglich, wenn sich alle am Leben und der Gestaltung beteiligen können und niemand ausgeschlossen wird.

Eine wichtige Voraussetzung dafür ist eine ausreichende Bildung. Eine Studie der Mc Kinsey-Stiftung rechnet vor, dass in Deutschland bis zum Jahr 2020 - bedingt durch fehlende Reformen im Bildungswesen und durch den demografischen Wandel - ein volkswirtschaftlicher Schaden von 1,2 Billionen Euro entsteht. Diesen Schaden verursacht insbesondere der bis dahin akute Mangel an ausgebildeten Fachkräften, wenn wir es nicht schaffen, unsere Jugend besser vorzubereiten. Investition in Bildung heute macht sich in späteren Jahren bezahlt.

5.1 Soziale Gerechtigkeit

Die Pisa-Studie bescheinigt Deutschland eine in hohem Maße soziale Ungerechtigkeit. Die UN-Menschenrechtskommission weist darauf hin, dass in keinem anderen vergleichbaren Industriestaat der Bildungserfolg eines Kindes derart von der sozialen Herkunft abhängt wie in Deutschland. Auch die Bundesregierung verdeutlicht in ihrem Kinder- und Jugendbericht die zunehmende Spreizung der Gesellschaft. Kinderbetreuung ist ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag.

Gerechte und ausreichende Kinderbetreuung für alle Kinder – und somit auch für alle Familien finanzierbar – **muss oberste Priorität haben.**

- Dabei darf der Fokus nicht allein auf den Aspekt Betreuung gerichtet sein, sondern muss insbesondere den Bereich der **frühkindlichen Bildung** mit einbeziehen. Der hessische Bildungs- und Erziehungsplan kann mit den derzeitigen Bedingungen der einzelnen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen vor Ort nicht adäquat umgesetzt werden. Es braucht dringend kleinere Gruppen und mehr Fachpersonal, um dem öffentlichen Auftrag gerecht werden zu können.

Der weitere Ausbau eines Betreuungsangebots für Kinder unter drei Jahren sowie eine **ausreichende Versorgung mit Betreuungsplätzen** für Schulkinder müssen nachhaltig, gerecht und sozial verträglich gestaltet werden. Dies bedeutet, Gebühren so zu staffeln, dass sie für jede Familie bezahlbar sind.

- **Wir werden** die Gebühren so verändern, dass durch einen gemittelten **Zuschuss** alle Betreuungsplätze die gleiche Summe an Förderung durch Steuermittel erhalten und die Gebühren für Kinderbetreuung je nach Einkommen unterschiedlich hoch sind. Dadurch wer-

den viele Plätze für die Eltern kostengünstiger, ohne dass dies den Steuerzahler mehr kostet.

- **Wir werden** zudem einen Fokus darauf legen, Rahmenbedingungen wie etwa **Gruppenstärke** und Fachpersonal in den Einrichtungen nicht nur an den gesetzlichen Mindestforderungen festzumachen, sondern Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass eine qualitativ gute pädagogische Arbeit in allen Einrichtungen möglich ist.

Laut dem Sozialbericht des Main Taunus-Kreis gibt es auch in Bad Soden Menschen, die als arm zu bezeichnen sind. Es ist in unserer wohlhabenden Stadt nicht hinnehmbar, dass Menschen aufgrund von Armut aus dem gemeinsamen Leben in unserer Stadt ausgeschlossen sind. Auch dies trägt zu ungleichen Bildungschancen von Kindern bei.

Wir werden eine Teilhabekarte für alle Bad Sodener Bürger*innen mit geringem Einkommen einführen. Diese wird ihnen dann ermöglichen:

- Kostenloses Essen von Kindern in Schule und Kitas
- Kostenlosen Besuch des Freibades
- Kostenlose (von der Kommune finanzierte) Mitgliedschaft in Sodener Vereinen

5.2 Bürgerbeteiligung

Eine engagierte Bürgerbeteiligung mit vielen Bürger/innen ist wichtig für die Identifizierung eines jeden von uns mit unserer Stadt. Dabei kann die Stadt in folgenden Bereichen die Rahmenbedingungen schaffen und unterstützend tätig sein:

- Einführung eines **Jugendparlaments**,
- Unterstützung des **Ausländerbeirats**, z.B. beim Antragsrecht
- Erstellung eines **Bürgerhaushalts**, <http://www.buergerhaushalt.org/>
- **Bürger*innenentscheide** bei wichtigen Projekten,
- Einführung eines **Seniorenbeirats**,
- Einführung eines **Behindertenbeirats**,
- **Arbeitsgruppen** zu allen wichtigen Bereichen des Zusammenlebens.
- Wichtig ist auch die Mitwirkung von Bürger*innen nichtdeutscher Herkunft. Wir wollen die **Integration von Bürger*innen** nichtdeutscher Herkunft fördern und wenn notwendig helfen, deren Sprachfähigkeit zu verbessern.
- In ca. 20 Jahren wird jede*r dritte Bewohner*in in Deutschland über 60 Jahre alt sein. Wir werden in einer **lokalen Initiative oder Agendagruppe** darüber diskutieren müssen, wie unsere Stadt dann aussehen soll.
- Unbedingte Voraussetzung für eine Bürger*innenbeteiligung ist **Transparenz** bei allen Entscheidungen der Stadtverwaltung. Hier sind die speziellen Maßnahmen zur Transparenz wichtig (s. oben).

5.3 Trägerschaft bei Sozialeinrichtungen

Die Einrichtung und Betrieb von Sozialeinrichtungen wie Kindertagesstätten ist originäre Aufgabe der Kommunen. Wir stehen dafür ein, dass die Stadt Bad Soden millionenteure Kindertagesstätten nicht an Private (Kirchen etc.) verschenkt, sondern selbst betreibt.

Für bestehende, nicht-kommunale Träger von Sozialeinrichtungen, die von der Stadt Zuschüsse erhalten, sollten allerdings faire Regeln so schnell wie möglich eingeführt werden:

- Sozialeinrichtungen müssen zu **mindestens 50 % vom Träger** finanziert werden. Möchte der Träger der Einrichtung eigene Erziehungsziele setzen, so sollte er sich zumindest mit 50 % an den Kosten der Einrichtung beteiligen.
- Für Beschäftigte in kommunal geförderten Einrichtungen müssen **kommunales Tarifrecht** und das **Betriebsverfassungsgesetz** gelten. Leider können heutzutage immer noch in sogenannten „Tendenzbetrieben“ (z.B. religiös motivierte Kindertagesstätten) Mitarbeiter*innen wegen ihrer privaten Angelegenheiten (z.B. Scheidung, Kirchenaustritt, Homosexualität) diskriminiert und entlassen werden.
- Die Finanzierung der Sozialeinrichtungen muss öffentlich **transparent** sein.

5.4 Genderpolitik

Wesentliche Eckpunkte grüner Politik sind Frauenförderpläne und Qualifizierungsangebote, um Frauen die Rückkehr in den Beruf und beruflichen Erfolg zu ermöglichen.

Der Schlüsselbegriff ist hier "*Gender Mainstreaming*", die Einbindung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in sämtlichen gesellschaftlichen Maßnahmen. Im Rahmen des Gender Mainstreamings werden konsequent alle politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen daran gemessen, ob sie zu mehr Gleichberechtigung und damit zu mehr Demokratie führen.

- Dies bedeutet wiederum, dass grundsätzlich **jeder Verwaltungsvorgang** und jede politische Entscheidung in Bad Soden auf ihre konkreten geschlechtsspezifischen Auswirkungen hin **überprüft** werden müssen. Dies ist eine Aufgabe der Gleichstellungsstelle, die dafür mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden muss.
- Auch im Rahmen des sogenannten "**Gender Budgeting**", des geschlechtergerechten Haushaltes, soll die Verwendung öffentlicher Gelder regelmäßig darauf überprüft werden, ob sie den Vertreter*innen eines Geschlechts mehr nutzen als den anderen.
- Ein Engagement von sowohl Vätern als auch Müttern bei der Kindererziehung ist nur bei verlässlicher Planung möglich. Kinderbetreuungseinrichtungen und die Grundschulen in Bad Soden müssen deshalb für Berufstätige **verlässliche Betreuungszeiten** anbieten.
- Auch in Kinderbetreuungseinrichtungen ist eine Genderpolitik wichtig. Hier bedeutet es, die Förderung der Einstellung von **männlichen Kindererziehern** zu intensivieren, um Kleinkindern auch männliche Vorbilder zu geben.

Die Verpflichtung zur Umsetzung der Geschlechtergerechtigkeit gilt insbesondere auch bei der Stellenbesetzung in der Stadtverwaltung. Wir werden uns für eine Umsetzung auch auf **Führungsebenen** stark machen.

Wir wenden uns energisch gegen **Gewalt gegen Frauen** innerhalb und außerhalb von Familien. Deshalb muss die Arbeit des Vereins "Frauen helfen Frauen" in Hofheim von uns unterstützt werden.

6. Stadtentwicklung

Die Entwicklung der Stadt für alle Bürger*innen ist eine Herausforderung, der die bisherige Politik wenig Beachtung geschenkt hat.

6.1 Infrastruktur-Entwicklung

Die wenigen Entwicklungsmöglichkeiten von Bad Soden müssen effizient eingesetzt werden.

- Die Bebauung des ehemaligen **Reitplatzgeländes** für städtische Angestellte ignoriert, dass es noch andere Gruppen gibt, die preiswerte Wohnungen brauchen. Wir treten dafür ein, dort eine Mischbebauung für eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft zu erlauben: geförderter Wohnraum sollte gemischt werden mit Eigentumswohnungen, für die Marktpreise erzielt werden können.
- Auch sollte kein erweitertes **Rathaus** durch die Bebauung des Geländes dahinter entstehen: weder haben wir das Geld dazu, noch besteht u.E. der Bedarf. Die bisher genutzten Räume in den kommunalen Gebäuden reichen aus.
- Wir setzen uns für eine kostengünstige Renovierung des **Parkhauses** anstelle eines Neubaus ein.
- Dagegen sollte das bisher vernachlässigte, dem Verfall preisgegebene, stadteigene, denkmalgeschützte **Gebäude am Quellenpark** wieder nutzbar gemacht werden. Hier könnte beispielsweise gut ein Begegnungszentrum für Bürger*innen entstehen, in dem Räume für viele Aktivitäten bereitgehalten werden können.
- Auch die Möglichkeit zur Kommunikation und Information soll verbessert werden. So werden wir uns dafür einsetzen, auf allen öffentlichen Plätzen und Einrichtungen für alle Bürger*innen freies **WLAN** einzurichten.

6.2 Jugendgerechtes Bad Soden

Jugendliche und junge Erwachsene haben außerhalb der Vereine, die durchaus eine große Bereicherung in unserem Bad Soden darstellen, keinen Raum, wo sie sich treffen können.

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass Jugendlichen und jungen Erwachsenen innerhalb unserer Stadt entsprechende **Räumlichkeiten** zur Verfügung gestellt werden.
- Wir fordern die längst überfällige Einrichtung eines **Jugendparlamentes** in Bad Soden. Jugendliche müssen in Zukunft als verantwortliche Expert*innen in betreffende Entscheidungen eingebunden werden.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch in Bad Soden eine **Skaterbahn**, die in allen anderen Kommunen des Main-Taunus-Kreises längst eine Selbstverständlichkeit ist, gebaut wird.
- Auch ein **Bolz- und Basketballplatz**, der im Sommer bis 23 Uhr genutzt werden kann, wird benötigt.
- Wir werden uns dafür einsetzen, ein **Jugendtaxi** zu etablieren. Jugendliche können sich bei der Stadtverwaltung Taxigutscheine für zwei Euro kaufen, diese haben einen Wert von vier Euro. Damit können sie, wenn öffentliche Verkehrsmittel nicht mehr fahren, innerhalb von Bad Soden nach Hause kommen.

6.3 Senior*innengerechtes Bad Soden

Die Beteiligung der Senioren*innen am Gemeinschaftsleben von Bad Soden darf sich nicht auf eine Senior*innenfahrt pro Jahr beschränken. Die Einbeziehung auch gehbehinderter Menschen in das Stadtleben ist unabdingbar und muss mit geeigneten Maßnahmen ermöglicht werden:

- Wir treten für die Förderung von barrierefrei und senior*innengerecht ausgebaute Wohnungen oder Wohnprojekte ein, in denen das Zusammenleben von älteren Mitbürger*innen und jungen Familien praktiziert wird.
- Wir treten für einen **kinderwagen- und behindertengerechten Umbau** aller öffentlichen Plätze und Einrichtungen, z.B. der Zugang zum Bürgerbüro, ein (siehe Abschnitt „Mobilität“).

6.4 Öffentliche Sicherheit

Aktuelle Problemstellungen in Zusammenhang mit Randalen und Vandalismus müssen nachhaltig gelöst werden. Dabei genügt es nicht, mehr Polizeistreifen und Wachdienste zu etablieren, denn dies kann nur einer von vielen Bausteinen sein, um Straftaten auf den Straßen, in Parks und auf Spielplätzen zu verfolgen und zu verhindern. Mindestens genauso wichtig ist es, präventiv und vorbeugend tätig zu werden.

- Hierzu gehört u. a. auch eine Fachkraft, die sich darum kümmert und sogenannte „aufsuchende Sozialarbeit“ betreibt. So kann durch **Prävention** auf der Straße und an möglichen Brennpunkten vor Ort die Sicherheit in unserer Stadt verbessert werden.
- Ein wichtiges Merkmal unserer Stadt sind die verschiedenen Parks. Sie müssen sicher sein, damit sie von Jung und Alt genutzt werden können. Beste Voraussetzung dafür ist die Gegenwart vieler Menschen. Wir werden uns daher dafür einsetzen, die **Belebung der Parks** weiter voranzutreiben und öffentliche Treffpunkte, wie z.B. ein Café im Badehaus, zu schaffen. Gerade für Jugendliche und junge Erwachsene sind öffentliche Treffpunkte wichtig, um sich in unserer Gesellschaft akzeptiert zu fühlen.
- Der Wunsch der Bürger*innen nach Sicherheit in Bad Soden ist verständlich. Wir wenden uns aber **gegen blinden Aktionismus** gegen Jugendliche, der oftmals in Ausgrenzung und Verletzung von Persönlichkeitsrechten mündet. Stattdessen setzen wir auf **Prävention und vorausschauende Konzepte**.
- Sicherheit und Überwachung sind nicht zwangsläufig gekoppelt. Der öffentliche Raum muss allen Mitgliedern der Stadtgesellschaft offen stehen und bedarf nicht der Ausgrenzung einzelner Personen oder Gruppen. Menschen in schwierigen Lebenssituationen brauchen **Hilfsangebote**, nicht Ordnungsmaßnahmen.

6.5 Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement

Wir wollen Teilen unserer Gemeinschaft, die häufig überhört werden oder sich seltener öffentlich äußern, besonderes Gehör verschaffen und ihre Interessen noch stärker als bisher zur Geltung bringen. Dies gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche, für Menschen mit Beeinträchtigungen und für ältere Mitbürger*innen.

Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement und Vereine verbinden Menschen und verstärken den sozialen Zusammenhalt. Sie sind ein wichtiger Pfeiler der Demokratie und in unserer Stadt mit einem vielfältigen Angebot vertreten.

- Wir setzen uns für eine stärkere **Koordinierung ehrenamtlichen Engagements** sowie die verlässliche und **dauerhafte Förderung** sozialer, kultureller und sportlicher Vereine, Eltern- und Schüler*innenvertretungen und weiterer Initiativen ein.
- Wir wollen diese Förderung so gestalten, dass sich die Träger für die gesamte Wahlperiode auf eine zugesagte **Förderung verlassen** können (z. B. mithilfe eines Sozialbudgets auf kommunaler Ebene).

Wir wollen bürgerschaftliches Engagement fördern, das sich am Gemeinwohl und nicht an Partikularinteressen ausrichtet.

6.6 Flüchtlinge und Asyl

Grüne Politik steht dafür, Einwanderung zu ermöglichen und die Rechte von Geflüchteten und Asylsuchenden zu schützen. Wir stehen für eine interkulturelle und offene Gesellschaft, in der Partizipations- und Aufstiegsmöglichkeiten gerecht verteilt sind.

Die Bürger*innen Bad Sodens haben die Asylbewerber und Flüchtlinge willkommen geheißen und großes ehrenamtliches Engagement gezeigt. Die Einrichtung einer Koordinationsstelle war

mit Hilfe privaten Engagements möglich und hat den Neuankommenden sehr geholfen. Dies ist außerordentlich, sollte aber nicht die Regel werden. Privates Helfen, ob finanzielle oder ehrenamtliche Aktivitäten oder beides, ist hervorragend, darf aber nicht die offiziellen Stellen in Kreis, Land und Bund ihrer Verpflichtungen der entbinden. Nur in gemeinsamen und vor allem koordinierten Projekten kann es gelingen, die großen Aufgaben, die vor uns liegen, so zu bewältigen, dass sowohl die Geflüchteten als auch die Bevölkerung Bad Sodens gut damit leben können.

- Wir wünschen uns, dass diese Willkommenskultur aufrecht erhalten bleibt. Dazu gehört, dass die Geflüchteten eine Perspektive erhalten, und dass die, die bereits als Asylanten anerkannt sind, Wohnraum und Arbeit finden. Deswegen werden wir uns **für sozialen Wohnungsbau**, der jahrelang vernachlässigt wurde, einsetzen.
- Auch die **Gesundheitsversorgung** muss unbürokratisch gesichert sein, z.B. durch Einführung einer Gesundheitskarte.

Wir sind der Überzeugung, dass nur eine Kommune mit einer gesunden Mischung aus Menschen verschiedener gesellschaftlicher Zusammenhänge auf die Dauer lebens- und liebenswert ist. Dafür möchten wir die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

6.7 Kultur

Kultur ist im weitesten Sinne alles, was der Mensch selbst hervorbringt.

Kultur prägt unsere Stadt und ist für Bad Soden ein wichtiger Standortfaktor. Sie bedeutet Lebendigkeit und Offenheit und trägt zur Attraktivität und Lebensqualität bei. Es besteht ein gutes, städtisches Kulturangebot, das von Bewohner*innen und Gästen angenommen wird. Wir fordern darüber hinaus ein Kulturkonzept für Bad Soden, das auf einer Bestandsaufnahme der heutigen Kulturszene in Bad Soden basiert und neue Funktionen erfüllt.

Dieses Kulturkonzept soll vier Bereiche umfassen:

- **Heimat- und Traditionspflege**

In Bad Soden bedeutet dies den Erhalt des Wochenmarkts genauso wie Denkmalschutz, und Denkmalpflege, aber auch die Pflege von traditionellen Kurgebäuden sowie die Aufarbeitung der Geschichte der Stadt Bad Soden, beispielsweise der NS-Zeit, die noch nicht vollständig geleistet ist.

- **Kreativität fördern**

Wir fordern die verstärkte Unterstützung von Musik-, Tanz-, Theater-, Malerei- oder auch Film- und Video-Projekten durch die Kommune.

- **Veranstaltungen fördern**

Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Bad Soden jedes Jahr kulturelle Veranstaltungen in einem **Kurstadtsommer** stattfinden.

- **Kultur als Weiterbildungs- und Emanzipationsprozess**

Wir setzen uns für Stadtteilbüchereien mit bürgerfreundlichen Öffnungszeiten ein.

- **Kultur als Integrationsprozess**

Kultur ist eine Möglichkeit, den Dialog unter den verschiedenen Kulturen unserer Gemeinschaft zu fördern. Vor diesem Hintergrund haben kulturelle Veranstaltungen in unserer Stadt, die mit 17 % einen hohen Anteil von Einwohner*innen mit Migrationshintergrund aufweist, eine große Bedeutung für eine gelungene Integration.

Wir werden uns für den hohen Stellenwert von Kultur einsetzen; für die Kulturförderung sollen in Bad Soden entsprechende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

6.8 Stadtmarketing

Die Bindung aller Einwohner*innen, Besucher*innen und Unternehmen an Bad Soden muss verbessert werden. Wichtig sind hier die so genannten weichen Faktoren, wie Kinderbetreuung, Schule, das soziale Miteinander sowie eine gelungene Integration zugezogener Mitbürger/innen.

– Standortmarketing

Wir verfolgen das Ziel, neue Betriebe für Bad Soden zu gewinnen. Dabei müssen vorhandene Unternehmen zu Multiplikatoren des eigenen Wirtschaftsstandortes werden. Die Standortentscheidungen der Unternehmen müssen zugunsten der Stadt beeinflusst und vorhandene Standorte gesichert werden. Dabei ist nicht nur die Beschaffung und Vermarktung von Grundstücken für die Ansiedlungen notwendig, sondern auch Flächenrecycling. Die **Betreuung der Unternehmen** beim Kontakt mit der Kommunalverwaltung sowie die Beeinflussung der **Stadtentwicklung** zur Verbesserung der Standortbedingungen sind eine Aufgabe, die wir mit Hilfe des Standortmarketings erfüllen wollen. Insbesondere Unternehmen der sog. „Kreativwirtschaft“ wie Architekturbüros, Werbefirmen, Designer, Multi-Media-Produzenten, Verlage und andere Kulturproduzenten sollen gefördert werden: sie bedeuten einen hohen Beitrag zum Bruttosozialprodukt bei geringen Umweltbelastungen.

– Innenstadtmarketing

Die Aufgabe, die Attraktivität des Stadtzentrums und seiner Außenbezirke zu steigern, um damit Kunden- und Besucherströme anzuziehen und eine Belebung Bad Sodens in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht zu erwirken, kann nur in Zusammenarbeit der Verwaltung mit den Gewerbevereinen und den Einzelunternehmen erfolgreich sein.

– Tourismusmarketing

Dieses soll die Anzahl der Übernachtungen auswärtiger Gäste steigern. Zielgruppen sind private Urlaubs- und Geschäftsreisende, also auch Besucher*innen von Messen, Tagungen und Kongressen, vor allem in Frankfurt. Hierzu wollen wir in Kooperation mit dem Hotelgewerbe eine **Hotelroute in Bad Soden** einführen, also eine Beschilderung, die ortsunkundige Anreisende zu den nächstgelegenen Übernachtungsgelegenheiten führen soll.

